



*Seit 1996 ruft der Interkulturelle Rat anlässlich des Tages der Deutschen Einheit dazu auf, Veranstaltungen mit interreligiösen Begegnungen durchzuführen. Im Jahr 2003 wird in einer gemeinsamen Erklärung angeregt, für eine Kultur der sozialen Solidarität einzutreten. Diese Aufgabe hat eine besondere Dringlichkeit, da vielfältige Formen von Entsolidarisierung und Ausgrenzung zu beobachten sind.*

## **Für eine Kultur der sozialen Solidarität**

Armut, Hunger, Kindersterblichkeit, Analphabetismus und soziale Verelendung sind trotz aller Erfolge der staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen dreißig Jahren nach wie vor dringliche und bedrängende Herausforderungen. Nicht nur in den Ländern des Südens, sondern auch in den industrialisierten Staaten des Nordens vergrößert sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Kluft zwischen den Wenigen, die größte Reichtümer in den Händen halten und den Vielen, die an dem produzierten Wohlstand nicht länger teilhaben. Dabei hat die Menschheit noch niemals zuvor über so viele technische und finanzielle Ressourcen verfügt, die genutzt werden könnten, um Verarmungsprozessen im Norden wie im Süden entgegenzusteuern. Die Frage nach der Entwicklung einer Kultur der sozialen Gerechtigkeit im internationalen und im intergenerativen Kontext ist daher eine der zentralen Überlebensfragen für die Menschheit.

In der Bundesrepublik Deutschland leben wir gegenwärtig in einem niemals zuvor da gewesenen Wohlstand. Gleichzeitig ist eine Vielzahl von Formen der Entsolidarisierung und Ausgrenzung zu beobachten, unter der viele – oft die schwächsten – Menschen leiden:

- Die Arbeitslosigkeit hat ein nicht mehr akzeptables Ausmaß erreicht;
- Die Obdachlosigkeit in Deutschland nimmt stetig zu, obwohl es hierzulande Hunderttausende leer stehender Wohnungen gibt;
- Die Generationengerechtigkeit bleibt angesichts leerer Rentenkassen mehr und mehr auf der Strecke;
- Die soziale Herkunft bestimmt über Bildungs- und Berufsperspektiven junger Menschen;
- Der Zugang zu medizinischer Versorgung für Alle ist angesichts von Zuzahlungsmodellen und Praxisgebühren massiv bedroht;
- Kinder werden alleine gelassen und von Medien geprägt, in denen die Darstellung alltäglicher Gewalt in der Berichterstattung dominiert und Filme mit gewaltverherrlichendem Charakter mehr und mehr Raum einnehmen. Schulversagen ebenso wie eine entsetzliche Gewaltbereitschaft sind mittelbar oder unmittelbar Folgen dieses Medienkonsums.

Religionsgemeinschaften verbindet die Vision von einer Kultur des Teilens, des partizipatorischen Miteinander und der Barmherzigkeit:

Im Judentum ist schon in seinen biblischen Anfängen die Solidarität mit den Schwachen der Gesellschaft gefordert – beispielhaft werden Witwen, Waisen und Fremde genannt. Christliche Initiativen wie die Erlassjahr-Kampagne sind ebenfalls durch biblische Traditionen geprägt. Fester Bestandteil des Christentums ist Jesu fundamentale Kritik an egoistischem Reichtum ebenso wie das Ideal des gemeinschaftlichen Lastenausgleichs als Grundlage einer solidarischen Lebensform im Sinne der Apostelgeschichte. Der Islam hat von den Anfängen an eine starke soziale Botschaft und mit der Sozialabgabe eine regelmäßige Einrichtung des Güterausgleichs. Im Alevitentum steht die so genannte Wegbruderschaft (musahiplik) zweier nicht verwandter Familien im Vordergrund: Sie verlangt für das ganze Leben eine Solidarität in allen Bereichen des täglichen Lebens. Im Hinduismus hat Mahatma Gandhi der Tradition der Sarvo-

daya = Wohlfahrt für alle neu Geltung verschafft. Im Buddhismus sind die sozial-ethischen Verpflichtungen ein substantieller Teil des »Edlen Achtfachen Pfades«. Im Baha'i-tum hat die Vorstellung von der »Einen Menschheitsfamilie«, in der alle für einander Verantwortung tragen, zentrale Bedeutung.

Religionsgemeinschaften sollten sich durch die sensible Wahrnehmung von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit als Anwälte der Schwachen profilieren:

- In der interreligiösen Dialogarbeit sollten die Religionsgemeinschaften die Solidarität mit ausgegrenzten und verarmten Menschen in den Vordergrund stellen;
- Sie sollten nach Wegen suchen, Elendsstrukturen zu überwinden und neue Verarmungen zu verhindern;
- Sie sollten Modelle der Partizipation von Beteiligten und Betroffenen im internationalen wie im nationalen Kontext weiterentwickeln und fördern. Beispiele sind das »Parlament der Armen« in Thailand oder die erfolgreichen Obdachlosen-Zeitungen in Deutschland.

Eine Kultur der sozialen Solidarität kann konkret werden:

- Durch die Fortsetzung und Intensivierung der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung im internationalen Kontext;
- Durch die Sicherung einer erschwinglichen Gesundheitsfürsorge, die alte und sozial schwache Menschen nicht benachteiligt;
- Wenn Kindern mehr Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt wird, auch wenn das für Eltern manchen Verzicht mit sich bringt. Das Wohlergehen von Kindern ist ein hohes Gut;
- Wenn solidarisches Miteinander mit Behinderten schon im Kindergarten und in der Schule eingeübt wird;
- Wenn ethnische und religiöse Minderheiten immer dann Solidarität von anderen erfahren, wenn sie diskriminiert werden. Dies gilt besonders dann, wenn fremdenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung zum Stimmenfang bei Wahlkämpfen missbraucht werden;
- Wenn wir uns für Zugewanderte, Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere einsetzen, damit sie in Würde leben können.

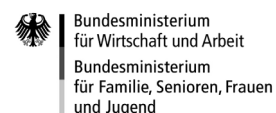
Eine Haltung der Großzügigkeit und des universellen Wohlwollens sollte zur Leitmaxime für den Einzelnen, die Religionsgemeinschaften, aber auch für Wirtschaft und Politik sowie schließlich für alle Menschen guten Willens werden.

Dortmund, 2. Oktober 2003

*Dr. Nadeem Elyas*, Zentralrat der Muslime in Deutschland · *Dr. Salomon Korn*, Zentralrat der Juden in Deutschland · *Prof. Dr. Johannes Lähnemann*, Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP/BRD) · *Dr. Jürgen Micksch*, Interkultureller Rat in Deutschland · *Dilek Öznur*, Alevitische Gemeinde in Deutschland · *Barbara Rudolph*, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) · *Christopher Sprung*, Nationaler Geistiger Rat der Baha'i in Deutschland · *Dr. Alfred Weil*, Deutsche Buddhistische Union

Herausgegeben vom Interkulturellen Rat in Deutschland, Goebelstraße 21, 64293 Darmstadt, Telefon: 0 61 51-33 99 71, Telefax: 0 61 51-39 19 740, E-Mail: [info@interkultureller-rat.de](mailto:info@interkultureller-rat.de), Internet: [www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de)

Bestellungen weiterer Exemplare dieses Faltblattes sind beim Interkulturellen Rat in Deutschland möglich. Nachdruck gern gestattet.



Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und durch das Bundesministerium des Innern gefördert